

Titel Bewohner*innen- und Mieter*innenräte einrichten!
AntragstellerInnen Bremen
Zur Weiterleitung an

Bewohner*innen- und Mieter*innenräte einrichten!

- 1 Wir fordern, dass die Möglichkeit für BewohnerInnen eines Mehrparteienhauses besteht BewohnerInnenräte
2 bilden und die MieterInnen des/der gleichen VermieterIn MieterInnenräte bilden, die jeweils ein umfassendes
3 Mitspracherecht haben.
- 4 Wir wollen nicht, dass die EigentümerInnenversammlung abgeschafft wird. Das wäre sowohl organisatorisch
5 und rechtlich unmöglich als auch entgegen der Idee dieses Antrags, da die Zahlungspflicht für das Haus betref-
6 fende Maßnahmen bei den EigentümerInnen und nicht den MieterInnen liegt.
- 7 Zudem fordern wir, dass die Kommunen sich für die Vernetzung der BewohnerInnen-/MieterInnenräte
8 einsetzen. Hierfür soll eine Stelle geschaffen werden, die als Vermittlung zwischen Kommunen und den
9 BewohnerInnen-/MieterInnenräten koordinierend vermittelt.
- 10 Es folgt eine Auflistung möglicher Aufgaben solcher Räte, die nicht als abschließend anzusehen ist:
- 11 *BewohnerInnenräte:*
- 12 • sollen Putzpläne, Hausordnung, Nutzungsregelungen von Gemeinschaftsflächen etc. selbstständig auf-
13 stellen und ändern können. Grundsätzliche Kriterien hierzu können von den EigentümerInnen vorge-
14 geben werden.
 - 15 • sollen bei Sanierungsarbeiten, welche eine Erhöhung des Wohnungsstandards und nicht dem Erhalt
16 der Bausubstanz bzw. der allgemeinen Erhaltung des Hauses dienen, ein Beteiligungsrecht erhalten
- 17 *MieterInnenräte:*
- 18 • sollen geplanten Mieterhöhungen zustimmen müssen.
 - 19 • sollen als AnsprechpartnerInnen und VermittlerInnen bei Streitigkeiten zwischen einzelnen MieterIn-
20 nen und dem/der VermieterIn dienen.
- 21 sollen eventuell entstehenden Mieterhöhungen in Folge von Luxussanierungen zustimmen müssen
- 22 BewohnerInnenräte sollen für die BewohnerInnen eines Hauses eingerichtet werden. Dazu gehören natürlich
23 auch EigentümerInnen, sofern sie im betreffenden Haus leben.
- 24 MieterInnenräte sollen für die MieterInnen des/der gleichen VermieterIn eingerichtet werden, sobald ein/e
25 VermieterIn mehr als 5 Wohnungen in einer Kommune hat oder gewerblich vermietet. Bei der Einrichtung
26 von MieterInnenräte muss für jeden Rat geprüft werden, ob es, gerade bei großen VermieterInnen, wie z.B.
27 bei Vonovia, sinnvoll ist, kleinteilige Räte einzurichten, die durch ein Delegationsprinzip auf höheren Ebenen
28 agieren können.
- 29 Für uns Jusos ist aber selbstverständlich, dass die Einrichtung der MieterInnen- und BewohnerInnenräte nicht
30 das letzte Wort im Bereich Wohnen und Wohnraum sind. Wir fordern weiterhin die stetige und bedarfsgerechte
31 Erhöhung des Wohnraums, bis dieser für alle Menschen verfügbar ist.
- 32 Es reicht aber nicht aus, wenn der Wohnraum zur Verfügung steht, sondern die Menschen müssen ihn sich
33 auch leisten können. Das ist aber nicht immer der Fall, sondern häufig stehen Gebäude leer, weil die Eigen-
34 tümerInnen keine MieterInnen finden, die ihren Ansprüchen gerecht werden. Dabei können die Eigentüme-

35 rInnen aber größtenteils nicht frei handeln, sondern sind Teil des wirtschaftlichen Systems, welches sie dazu
36 zwingt, aus einem Wert den größtmöglichen Profit heraus zu holen, so auch aus dem Wert Wohnraum. Da-
37 durch können sie beispielsweise gar nicht unter einem bestimmten Preis vermieten oder nicht an bestimmte
38 in ihren Augen nicht zuverlässige MieterInnen. Die Misere ist also nicht nur die Schuld der EigentümerInnen
39 sondern auch die der Gesellschaft und deshalb ist es auch die Pflicht der Gesellschaft, daran etwas zu ändern
40 und allen Menschen Wohnraum zu organisieren.

41 Uns Jusos ist dabei insgesamt der strukturelle Unterschied zwischen urbanen Ballungszentren und ländlichen
42 Gebieten sowie das damit einhergehende direkte Verhältnis der problematischen Wohnungs- bzw. Wohnraum-
43 entwicklung bewusst. Viele Menschen zieht es heutzutage aus verschiedensten Gründen in Großstädte, was
44 neben ländlichem Leerstand dazu führt, dass in räumlich-begrenzten Metropolregionen die Nachfrage nach
45 geeignetem Wohnraum steigt. Was in den ländlichen Regionen größtenteils vorhanden ist, wird in Städten zur
46 Mangelware und in vielen Fällen wegen der gesteigerten Nachfrage zum Spekulationsobjekt: Wohnraum. Wir
47 Jusos lehnen jegliche Profitmaximierung mit Wohnraum ab. Der kapitalistischen Verwertungslogik mit und das
48 Ausnutzen von Grundbedürfnissen wie dem Wohnen stellen wir uns entgegen. In dieser Hinsicht müssen wir
49 aber auch differenzieren zwischen denjenigen, die Wohnraum besitzen, um damit Profit zu erzielen und den-
50jenigen, die ihr privates Eigentum zur Eigennutzung verwenden. Wir sind uns bewusst, dass sich Vermögen
51 vermehrt in Immobilien konzentriert, da diese Anlage als krisenfest gilt. Und da sich das Kapital am Markt na-
52hezu immer den bestmöglichen Ausgleich zwischen Verlustrisiko und maximalem Gewinn sucht, sind Immo-
53bilien naturgemäß beliebte Investitionsoptionen. Vielfach kommt es vor diesem Hintergrund zur Spekulation mit
54 Wohnraum, welche wir entschieden ablehnen! Ein veritables Mittel, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken
55 ist u.a. der Soziale Wohnungsbau in den Kommunen und Stadtteilzentren. Wir wollen diesen weiterhin bedarfs-
56gerecht und nachhaltig stärken, um eine soziale Mischung in den vielen Quartieren zu gewährleisten. Durch
57 landeseigene, öffentliche Wohnungsbaugesellschaften bzw. WohnungsbaugenossInnenschaften können de-
58mokratische Entscheidungsprozesse für MieterInnen ermöglicht werden. So liegt ein Großteil des gesamten
59 Vermögens in Deutschland in Immobilien, was schon alleine deshalb nicht verwundern darf, weil Immobilien-
60vermögen als krisenfest gilt: „Wohnraum brauchen die Menschen immer“. Und da sich das Kapital am Markt
61 nahezu immer den bestmöglichen Ausgleich zwischen Verlustrisiko und maximalem Gewinn sucht, sind Im-
62mobilen naturgemäß beliebte Investitionsoptionen. Wenn also die ungerechte Verteilung von Vermögen in
63 Deutschland angegangen werden soll, so muss auch die Frage nach dem Eigentum an Immobilien gestellt
64 werden.

65 Jeder Mensch hat Grundbedürfnisse und muss diese zum Überleben befriedigen. Dazu zählt für uns Jusos
66 auch der Wohnraum, denn ohne ein Dach über dem Kopf ist der Mensch ständig Gefahren ausgesetzt und
67 kann nur schwerlich überleben. Aber der Mensch braucht nicht nur irgendein Dach über dem Kopf, sondern
68 ein solches, welches ihn auch in seiner Würde nicht verletzt. Deshalb erkennen wir das Recht auf Wohnraum
69 auch als Menschenrecht an. In der langen Frist ist es nicht haltbar, dass Mietshäuser wie Produktionsmittel
70 unter kapitalistischer Profitmaxime vermietet und durch den Markt allokiert werden. Wohnen als Grundrecht
71 verträgt sich nicht mit der Vorstellung von Wohnimmobilien als Anlage- und Spekulationsobjekten. Deswe-
72gen sprechen wir uns für Eigentumsverhältnisse aus, die den Widerspruch zwischen EigentümerInnen und
73 BewohnerInnen versuchen aufzulösen. Dazu gehören zum Beispiel genossenschaftliche Wohnprojekte, so-
74wie sozialer Wohnungsbau, der in öffentlicher TrägerInnenschaft demokratischer Kontrolle unterliegt. Nur
75so kann nachhaltig gewährleistet werden, dass die individuellen Bedürfnisse der BewohnerInnen befriedigt
76werden sowohl wenn es um die Bereitstellung von Wohnraum, als auch wenn es um die Ausgestaltung des
77Wohnverhältnisses im konkreten Fall geht.